Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/399
08.11.2023

Integrationsausschuss

14. Sitzung (öffentlich)

8. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 14:39 Uhr

Vorsitz: Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) *(Änderungsanträge der Fraktionen s. Anlage)* **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 07
Vorlage 18/1450 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/1667 (Antwort auf Fragen der Fraktionen)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu Kapitel 07 080, Titel 686 40 *(s. Anlage, lfd. Nr. 1)* wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP zu Kapitel 07 090, Titel 633 10 *(s. Anlage, lfd. Nr. 2)* wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu Kapitel 07 090, Titel 684 41 *(s. Anlage, lfd. Nr. 3)* wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt den im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses befindlichen Kapiteln des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

2 Besserer Schutz vor gewalttätigen Wiederholungstätern. Einführung eines Resozialisierungsgesetzes auch in Nordrhein-Westfalen! 17

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3654

Ausschussprotokoll 18/360 *(Anhörung im RA am 27.09.2023)*

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

3 Konsequentes Vorgehen gegen islamistische Frauennetzwerke in NRW! – Muslimische Kinder vor ideologischer Radikalisierung schützen 19

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4344

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

4 Sachstand Staatliches Asylsystem und Sachstand UfA Büren 21

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1692
Vorlage 18/1693

– Wortbeiträge

5 Verschiedenes 22

a) Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz am 7. November 2023 22

– mündlicher Bericht der Landesregierung

b) Verteilung von Mitteln an die Kommunen 24

– mündlicher Bericht der Landesregierung

c) Sitzungstermin 15. November 2023 24

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die für den 15. November angesetzte Ausschusssitzung nicht durchzuführen.

d) Einladung des durch das MKJFGFI eingesetzten Beraters Jürgen Mathies 24

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) *(Änderungsanträge der Fraktionen s. Anlage)*

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 07
Vorlage 18/1450 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/1667 (Antwort auf Fragen der Fraktionen)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung am 23. August 2023 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgen)

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Bevor ich die Ausschussmitglieder um Wortmeldungen bitte, gebe ich zunächst an Herrn Staatssekretär Bahr ab, der einige Sätze zur kürzlich erschienenen Ergänzungsvorlage sagen wird.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI): Der Haushalt liegt Ihnen vor, allerdings noch nicht – das konnten Sie wahrscheinlich der Presse entnehmen – die Ergänzungsvorlage, die das Kabinett gestern beschlossen hat. Deshalb möchte ich Sie kurz informieren.

Sie können der Ergänzungsvorlage entnehmen, dass alleine für unser Haus im Bereich „Flucht“ 64 zusätzliche Stellen vorgesehen sind. Es ist relativ ungewöhnlich, dass über eine Ergänzungsvorlage Stellen nachgesteuert werden. Von diesen 64 Stellen sind 40 Stellen für die Bezirksregierungen vorgesehen; für den Betrieb der Einrichtungen von Geflüchteten, die wir aktuell aufbauen. Die Einrichtungen werden von der Bezirksregierung geführt, und natürlich braucht es, wenn Kapazitäten aufgebaut werden, auch das entsprechende Personal, um diese Einrichtungen zu betreiben.

Bei diesen 40 Stellen wird es einen kw-Vermerk für die nächsten zwei Jahre geben. Wir wollen sehen, ob die Situation, wie sie sich im Moment darstellt – mit der hohen Anzahl an Zuzügen – auch in den nächsten Jahren anhält oder nicht. Dann werden wir neu entscheiden. Zunächst gibt es jedenfalls diesen kw-Vermerk für zwei Jahre.

24 Stellen sind für die Bezirksregierung Köln vorgesehen; für die ZFE. Die ZFE ist, wie Sie wissen, zuständig für die Fachkräfteanerkennung derjenigen, die nach Deutschland kommen wollen und noch nicht in Deutschland sind. Auf der einen Seite muss die ZFE aufgrund der hohen Antragszahlen eine gewisse Bugwelle abbauen, auf der anderen Seite befinden wir uns mit der ZFE in einem Arbeitsprozess, um die Prozesse

insgesamt zu beschleunigen. Teil dieses Prozesses und dieser Neuaufstellung der ZFE sind diese 24 vorgesehenen Stellen.

Die dritte Position, die noch nicht unmittelbar mit Stellen versehen ist, betrifft die Stärkung und Ertüchtigung der Zentralen Ausländerbehörden. Auch diese gehören zu unserem Bereich. Es sind 5 Millionen Euro vorgesehen, um die Zentralen Ausländerbehörden zu stärken. Dies wird dann, was die entsprechenden Stellen anbelangt, noch von uns kleingearbeitet. – So viel erst einmal zu dieser Vorlage.

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. – Ich eröffne die Aussprache.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Vielen Dank, Herr Staatssekretär Bahr, für die Erläuterungen. Sie haben gesagt, es gibt 64 Stellen mehr. Können Sie auch mitteilen, welches finanzielle Volumen das für den Haushalt im Bereich des Integrationskapitels bedeutet?

Uns ist aufgefallen, dass der prozentuale Anteil für Flucht und Migration am Gesamthaushalt mit nicht einmal 2 % eher überschaubar ist. Dabei ist das Thema „Integration“ für Nordrhein-Westfalen als Einwanderungsland aus unserer Sicht nach wie vor von übergeordneter Bedeutung. Kaum eine andere Region ist in einem so starken Maße durch Migration geprägt worden wie Nordrhein-Westfalen in den letzten 200 Jahren. Leider wird das Thema „Migration“ in der Öffentlichkeit aktuell aber mal wieder vorrangig als Problem dargestellt und viel weniger als Chance und auch Notwendigkeit, obwohl uns alle Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft sagen, dass wir darauf setzen müssen, dass Einwanderung ein wichtiges Thema für uns sein wird.

Wir stellen uns die Frage, unter welchem Duktus wir diskutieren wollen und welches politische Narrativ wir hier setzen wollen. Da ist aus unserer Sicht Nordrhein-Westfalen leider kein gutes Beispiel. Leider ist die Ministerin heute nicht hier, aber wir finden es schade, dass man beim Thema „Migration“ eher das Gefühl hat, wir hören Herbert Reul als Frau Ministerin Paul. Wir würden uns wünschen, dass da ein anderer Fokus gesetzt wird.

Wir sind froh, dass sich jetzt immerhin etwas bei der Finanzierung der Unterbringung von Geflüchteten bewegt, wenn auch erst nach monatelangem Druck durch die Kommunen und uns als Opposition. Wir möchten nicht sehenden Auges weiterhin in eine Katastrophe laufen, wie es bisher geschehen ist. Denn um es klar zu sagen: 1,7 Milliarden Euro sind für die Integrationsleistungen, die wir hier in Nordrhein-Westfalen stemmen müssen, zu wenig.

Das spiegelt aber leider auch unseren Eindruck davon wider, welchen Stellenwert das Thema bei der schwarz-grünen Landesregierung einnimmt. Anstatt im eigenen Land ausreichend Mittel bereitzustellen, wird immer wieder nach Berlin gezeigt. Zuletzt gab es eine stundenlange, bis 3 Uhr nachts andauernde Konferenz, die, nachdem man sich dann geeinigt und unterzeichnet hatte, direkt danach von Wüst wieder torpediert wurde. Wir fragen uns, welches Signal das setzen soll und ob es überhaupt den Ansatz gibt, gemeinsam voranzugehen und dieses Thema gemeinsam zu bearbeiten.

Unsere Änderungsanträge haben wir bereits vorgestellt. Deswegen mache ich das jetzt nur in aller Kürze.

Die Zahl der Geflüchteten steigt im Vergleich zum letzten Jahr. Wir sind uns einig: Für alle ist Sprache der Schlüssel zum Integrationserfolg, nicht nur für diejenigen, die aus der Ukraine kommen. Deswegen ist es uns wichtig, dass die Mittel für die Basissprachkurse zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten nicht zurückgekürzt werden, sondern dauerhaft angehoben bleiben. Denn Sprache ermöglicht Zugewanderten ein selbstständiges Leben und eine schnelle Teilhabe in der Gesellschaft sowie auf der Suche nach Arbeit und Ausbildung.

Unser zweiter Antrag zielt auf die soziale Beratung von Geflüchteten ab. Auch hier müssen die Mittel angesichts der steigenden Zahlen aufgestockt werden. Der Beratungsbedarf wird weiterhin steigen. Wir fordern außerdem, dass die vom Ministerium angekündigte Dynamisierung auch für die Mittel in diesem Titel erfolgt. Nur so können Personalstellen angepasst und weiterfinanziert werden.

Gönül Eğlence (GRÜNE): Vorab: Der Hintergrund, vor dem dieser Haushalt in den vergangenen Monaten diskutiert wurde, ist bekannt. Mehr als 220.000 Menschen aus der Ukraine suchten und finden bei uns Schutz vor dem Angriffskrieg Russlands. Hinzu kommen über 30.000 Asylsuchende aus anderen Krisen- und auch Kriegsregionen der Welt.

Dadurch stehen wir vor großen Herausforderungen. Unser oberstes Ziel lautet hier: Wir müssen Menschen akut vor Obdachlosigkeit bewahren. Das ist das eine. Das andere ist: Gleichzeitig müssen wir auch unsere Kommunen organisatorisch und finanziell unterstützen. Ebenfalls ist es nicht ganz unwichtig – ganz im Gegenteil –, die Integrationsarbeit voranzutreiben. Letzten Endes ist es, wenn das oberste Gebot die Bewahrung vor Obdachlosigkeit ist, folgerichtig, dass im Haushaltsplanentwurf die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung gegenüber dem Jahr 2023 um 33 Millionen Euro erhöht wurden.

Wir haben gerade auch schon von Staatssekretär Bahr von den 40 vorgesehenen Planstellen erfahren. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Sie sind für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten vorgesehen.

Als Grüne werden wir weiterhin einen Fokus darauf legen, den Gewaltschutz von Schutzsuchenden, die Betreuung besonders vulnerabler Gruppen und insbesondere schulnahe Angebote im Fokus zu behalten.

Integrationspolitik ist ein wichtiger Faktor, der übrigens auch unseren Wohlstand und unsere Lebensweise sichert. Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist in aller Munde, er ist in allen Bereichen und Branchen real spürbar. Wir können in unserem alltäglichen Leben bereits jetzt beobachten, dass die vielen Selbstverständlichkeiten unseres Lebens ohne Zuwanderung kaum erfüllbar wären. Sehen Sie sich einmal um: In Cafés, Restaurants oder wenn Sie ein Paket entgegennehmen, wenn Sie mit dem Bus oder anderen Nahverkehrsmitteln von A nach B fahren, werden Sie sehr schnell feststellen, wie viel sichtbare Vielfalt hinter den täglichen Dienstleistungen steckt.

Ich habe an dieser Stelle sehr bewusst nicht Stellen aufgegriffen, die zu den hochqualifizierten Berufszweigen gehören. Denn hier stehen wir im internationalen Vergleich laut OECD auf Rang 15. Wir haben also noch sehr viel zu tun. Deshalb sind die zwölf neuen Stellen in der Bezirksregierung über das MAGS für die zentrale Anerkennung

von ausländischen Berufsqualifikationen sowie die 24 Stellen für die Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung sehr zu begrüßen.

Unsere Aufgabe ist es, allen Menschen in unserem Land ein Ankommen zu ermöglichen. Es ist unsere Verantwortung, die strukturelle Grundlage für einen diskriminierungsfreien und niedrigschwelligen Zugang zu Versorgung und Beratung und zu unserer Gesellschaft zu gewährleisten.

Ein Faktor ist dabei ein frühestmöglich gesicherter Aufenthaltsstatus. Hier wird es perspektivisch notwendig sein, dass wir bei der Entbürokratisierung und besonders bei der Digitalisierung der Ausländerbehörden zügig vorankommen. Da müssen wir besser werden. Darauf werden wir als Grüne zusammen mit der CDU besonders achten.

Wir können bei der Aufgabe, das Ankommen zu ermöglichen, auf eines der modernsten Integrationsgesetze der Bundesrepublik zugreifen. Mit dem Teilhabe- und Integrationsgesetz verfügt Nordrhein-Westfalen über eine gesetzlich verankerte Integrations- und Teilhabepolitik. Hierüber ist die integrationspolitische Infrastruktur dauerhaft und dynamisch strukturell abgesichert. So werden die Mittel auf rund 138 Millionen Euro in 2024 anwachsen.

Damit wird auch die wichtige Arbeit der kommunalen Integrationszentren sowie des kommunalen Integrationsmanagements finanziert. Ich erinnere an dieser Stelle auch gerne daran, dass wir voller Neugier auf den Zwischenbericht der geplanten Evaluation sind, die wir bereits im vergangenen Jahr hinterlegt hatten.

Zu einer Einwanderungsgesellschaft gehört darüber hinaus die Förderung von Organisationen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte genauso dazu wie die sichere Finanzierung von Integrationsagenturen. In diesen Zeiten geht es hier besonders um die Servicestellen zur Antidiskriminierung.

Im Fazit kommen wir als grüne Fraktionen zu dem Schluss, dass es drängende Aufgaben insbesondere in der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten gibt, die das Ministerium mit diesem Haushaltsentwurf, wie wir finden, auch angeht. Wir werden allerdings weiterhin ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass bei aller Not auch die Qualitätsstandards eingehalten und weiterentwickelt werden.

Mit dem Teilhabe- und Integrationsgesetz sind wir in der Lage, die Integrationsstruktur in unserem Land finanziell gesichert fortzuführen und weiterzuentwickeln. Wir begleiten als Grüne insbesondere Fragen der Arbeitsmarktintegration und die dazugehörige aufenthaltsrechtliche Überarbeitung sehr aufmerksam und unterstützen die Vorhaben in dieser Richtung.

Dem Entwurf zum Haushalt 2024 stimmen wir als Grüne zu.

Dietmar Panske (CDU): Danke, Herr Staatssekretär, für die einleitenden Worten zur Ergänzungsvorlage. – Ich möchte auch seitens der CDU-Fraktion ein paar Gedanken zum Haushalt äußern. Die Zahlen sind gerade vorgetragen worden; die muss ich nicht wiederholen.

Frau Kapteinat hat gesagt, dass das Thema „Migration“ momentan vielfach als Problem gesehen wird. Wir werden in der Situationsbeschreibung natürlich auch feststellen, dass

wir Probleme mit dem Thema „Migration“ und mit dem hohen Druck, der auf den Kommunen lastet, haben. Ich finde, Politik muss so ehrlich sein und darf durchaus auch schwierige Prozesse und schwierige Situationen ansprechen. Das muss auch so sein. Das ist kein Vorwurf.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Für mich geht es nur um den Fokus!)

– Genau. Sie haben bestimmt keine andere Meinung; davon bin ich überzeugt. Ich wollte es einfach nur noch mal deutlich machen.

Die Zahlen sind angesprochen worden. Wir haben den Newsletter noch nicht, aber obwohl man im Oktober eigentlich davon ausgehen kann, dass die Zahlen etwas sinken, was die Zuzüge angeht, scheint es diesmal anders zu sein. Das muss sich in den nächsten Wochen und Monaten nicht verstetigen, jedenfalls gibt es aber weiterhin auch in Nordrhein-Westfalen sehr viel Zuzug. Und dass die Kommunen an der Belastungsgrenze sind, haben wir nicht nur hier im Ausschuss besprochen, sondern wir haben es in fast jeder Woche ausgiebig im Parlament diskutiert.

Sie haben die Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler am Montag bzw. in der Nacht zu Dienstag angesprochen. Die dort getroffenen Beschlüsse kennt jeder; die muss ich nicht wiederholen. Aber am Ende müssen die Zahlen sinken. Ich glaube, die meisten sind sich darüber einig. Ob die Beschlüsse dafür tatsächlich ausreichen – und man darf an dieser Stelle durch aus kritisch anmerken, ob sie das tun –, werden die nächsten Wochen zeigen. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob etwas in dieser Richtung passiert.

Etwas Grundsätzliches zum Haushalt: Dass schwierige Aufgaben in diesem Bereich und auch in vielen anderen Bereichen vor uns liegen, ist keine Frage. Der Haushalt wird durch Rahmenbedingungen beeinflusst, die nicht schön sind. Dazu zählen eine hohe Inflation, ein hohes Zinsniveau, ein schwaches Wirtschaftswachstum. Die öffentlichen Haushalte stehen überall – nicht nur hier bei uns im Land NRW, sondern auch in den anderen Bundesländern, im Bund und in den Kommunen – enorm unter Druck. Das Land NRW befindet sich in einer Haushaltsnotlage.

Vor diesem Hintergrund muss man diesen Haushaltsentwurf 2024 betrachten und bewerten. Ich finde, das ist wichtig, und das muss man auch in die Öffentlichkeit tragen.

In einer solchen Situation ist es verantwortliche Politik, Schwerpunkte zu setzen. Das ist nun einmal so. Es ist auch in anderen Lebensbereichen so, dass man dann Schwerpunkte bilden muss. Ein Schwerpunkt der Landesregierung, aber auch der regierungstragenden Fraktionen, betrifft für das kommende Jahr Kinder, Jugend, Bildung, Betreuung und Erziehung der Kleinsten. Die Veranstaltungen der letzten Wochen vor dem Landtag haben deutlich gemacht – jeder weiß das auch aus den Wahlkreisen –, dass dringend Mittel in diesen Bereich gegeben werden müssen.

Diese Schwerpunkte sind gebildet worden, und das kommt in Teilen auch der Integration zugute, auch wenn es nicht bei uns im Bereich von Flucht und Integration direkt auftaucht. Aber auch zugewanderte Kinder und Jugendliche gehen in die Schule und in die Kita. Von daher ist eine gute Betreuung und Bildung auch immer ein Stück weit Integrationspolitik.

Die Ergänzungsvorlage ist einleitend erwähnt worden. Es ist gestern aber auch darauf hingewiesen worden, dass die Oktober-Steuerschätzung ein weiteres Defizit von 150 Millionen Euro aufgezeigt hat, was den Haushalt – ich habe gerade die Rahmenbedingungen skizziert – nicht einfacher machen wird.

Zu den Haushaltsänderungsanträgen – drei liegen vor; zwei von der SPD, einer von der FDP –: Ich gehe nicht davon aus, dass der Antrag der FDP sich damit erledigt hat und möglicherweise zurückgezogen wird, aber es werden bereits weitere 5 Millionen Euro in den Bereich der Zentralen Ausländerbehörden gegeben.

Bezüglich der Anträge der SPD: Es sind wichtige Haushaltsstellen, aber die Mittel aus 2022 sind auskömmlich. Wir hatten uns dazu in den letzten Wochen schon intern zwischen den regierungstreuen Fraktionen verständigt; das ist das, was wir an Information dazu haben. Vielleicht kann das Ministerium dazu auch noch etwas sagen. Wenn das so ist und wir in dem Bereich keine Probleme haben, dann müssen wir an der Stelle auch keinen Schwerpunkt setzen. Wir werden ihn – ich habe es skizziert – an anderen Stellen setzen.

Insgesamt gibt es einen deutlichen Aufwuchs im Kapitel „Flucht“. Man muss sagen: Das ist natürlich auch der Gesamtsituation geschuldet. Auch da wird ein Schwerpunkt gebildet.

Ich würde mir von allen Fraktionen Unterstützung erbitten, was die Kürzungspläne im Bund angeht. Ich will jetzt gar kein Verantwortungs-Pingpong machen, aber ich glaube, bei den Erstorientierungskursen in den Unterbringungseinrichtungen usw. werden alle zu der Bewertung kommen, dass sie wichtig sind. Deswegen sollten wir an der Stelle auch gemeinsam versuchen, noch auf die Haushaltsberatungen des Bundes Einfluss zu nehmen, sodass diese Kürzungen nicht vorgenommen werden.

Ansonsten hat Herr Staatssekretär ausgeführt, dass die Kapazitäten in den Landeseinrichtungen bis Anfang 2024 weiter ausgebaut werden sollen. Es gibt die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden auf 808 Millionen Euro. Darüber haben wir auch in der letzten Plenarwoche gesprochen.

Ich habe die 5 Millionen Euro für die Zentralen Ausländerbehörden angesprochen.

Die Digitalisierung ist für den Bereich auch sehr wichtig. In den 808 Millionen Euro sind 100 Millionen Euro für die Digitalisierung der Ausländerbehörden enthalten. Das ist wichtig, um Arbeitsprozesse besser und schneller zu machen, sodass auch das Personal entlastet wird. Gerade in einer Zeit wie der jetzigen ist das enorm wichtig.

Noch eine Anmerkung: Wir haben hier im Integrationsausschuss – so ist mein Eindruck – in den letzten Wochen und Monaten aufgrund der aktuellen Situation natürlich viel über die Unterbringung und darüber, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, gesprochen, aber viel weniger über das Thema „Integration“. Darum geht es aber an vielen Stellen, die anschließend kommen und wichtig sind. Ich wünsche mir für die kommenden Wochen und Monate, dass wir uns wieder stärker um diesen Bereich kümmern können.

Insgesamt sind im Haushalt viele Positionen dazu enthalten. Die Kollegin von den Grünen hat es angesprochen: Die Mittel nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz steigen

an, dynamisiert auf 138 Millionen Euro. Es ist wichtig, dass in den entsprechenden Programmen und an den entsprechenden Stellen Sicherheit geben, dass weitergearbeitet werden kann. Deswegen werbe ich auch bei allen anderen Fraktionen darum, diesem Haushaltsentwurf zuzustimmen. Wir von der CDU-Fraktion tun das auf jeden Fall.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Wir haben gerade eindringlich gehört, dass Zuwanderung sehr viele positive Facetten habe und man dafür auch dankbar sein sollte. Das ist zweifelsfrei so; ich glaube, das kann hier keiner negieren. Man muss sagen: Zuwanderung ist bis zu einem gewissen Teil natürlich für Deutschland gewinnbringend. Das ist keine Frage.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse kann ich es mir an der Stelle aber tatsächlich nicht verkneifen, auch die andere Seite der Medaille zu erwähnen, auch vor dem Hintergrund der Haushaltsdebatten. Wir erleben nämlich in diesem Haushalt Zuwendungen für den Teilbereich des muslimischen Engagements. Wir erleben Zuwendungen an Migrantenselbstorganisationen, die im Übrigen auch in diesem Haushalt überwiegend muslimisch geprägt sind.

Jetzt haben wir schreckliche Bilder ertragen müssen, erst vor wenigen Tagen und Wochen in Essen mit über 3.000 Demonstranten. Ich erwähne das auch – auch wenn vielleicht der eine oder andere hier mal wieder empört ist –, weil ich mir gewünscht hätte, vielleicht auch vom Herrn Staatssekretär, dass man es zumindest an dieser Stelle offen und ehrlich sagt. Wir alle haben offene Augen und Ohren. Man schaut genau hin, und man sieht diese neue Form. Kürzlich wurde ein Integrationsratsmitglied aus Essen zitiert, und er sagte, die Islamisten würden immer selbstbewusster. Vielleicht könnte man hier auch als Landesregierung, vor allem vor dem Hintergrund des Teilbereichs „Integration“, auch mal sagen: Wir müssen vielleicht mal schauen, wer da alles von uns Geld bekommt und wie es zu diesen organisierten Demonstrationen überhaupt kommen kann, die inzwischen auf einem hochprofessionellen Niveau stattfinden.

Wenn man mitten in Deutschland auch noch ertragen muss, dass man gerne ein Kalifat ausrufen würde, dann ist es doch umso mehr angesagt, dass man als Landesregierung genau hinschaut, welche unsichtbaren Verbindungen es da gibt. Das ist bislang ausgeblieben. Ich hätte mir das wirklich gewünscht. Das hat nicht stattgefunden, was wirklich schade ist.

Wir hören auch immer wieder von der angespannten Haushaltslage. Das ist richtig, und wir haben es auch im Plenum immer wieder thematisiert. Aber wenn wir doch immer wieder von der angespannten Haushaltslage sprechen, dann müssen wir auch schauen, was eine Landesregierung tun kann, um sich von freiwilligen Aufgaben zu befreien. Dazu gehört eben die soziale Beratung für Flüchtlinge, die vielleicht nicht unbedingt 35 Millionen Euro in Anspruch nehmen muss. Das ist etwas, worüber man nachdenken muss, wenn es um eine angespannte Haushaltslage geht.

Auch von einer Erhöhung der Zuwendungen an den Flüchtlingsrat NRW könnte man absehen. Auch von einer Erhöhung der Mittel für den Landesintegrationsrat könnte man absehen. Das wäre vielleicht ein erster Schritt in die richtige Richtung, um in einer Haushaltslage, wie wir sie jetzt erleben, mehr Spielraum zu haben.

Das eigentlich wichtigste Thema, die Rückführungen, sollte uns eigentlich verbinden. Wir haben für Nordrhein-Westfalen erschreckende Zahlen. Es geht um 75.000 Personen, wobei wir nach aktuellem Stand nicht wissen, wie viele der 75.000 Ausreisepflichtigen inzwischen über das Chancen-Aufenthaltsrecht rausgemogelt wurden. Die Zahl ist dennoch enorm, und da müssen weitere Bemühungen erfolgen. Bislang ist das im Haushalt nicht zu sehen. Es gibt kein Anzeichen dafür im Haushalt, um als Staat dieser Zahl irgendwie im Ansatz Herr zu werden.

Ich finde es begrüßenswert, dass ZABs weiter gefördert werden. Ob 5 Millionen Euro ausreichend sind, sei mal dahingestellt. Unseres Erachtens reicht das auf keinen Fall, weil es um eine viel größere Verantwortung geht. Wir müssen nachhaltig die kommunalen Ausländerbehörden entlasten. Wir alle wissen, wie es um den Krankenstand in den kommunalen Ausländerbehörden steht. Wir alle wissen vor allem, wie es um die Personalfluktuation in den kommunalen Ausländerbehörden steht. Diese beiden Dinge kommen leider Gottes nicht von ungefähr. Die ZABs könnten diesen enormen Arbeitsstau auf kommunaler Ebene gewissermaßen auffangen. Und wenn man eine Aufgabenverlagerung hinbekommen könnte, könnte man auch über das Thema „Rückführungen“ eine nachhaltige Entlastung schaffen.

Wir sagen ganz klar – ich hatte es vorhin im Rahmen der Rückführungen erwähnt –: Die Zahl ist enorm. Deshalb muss das Hand in Hand mit der Idee gehen, das Geld für Rückführungsprojekte anzuheben. Dann kann man den Menschen auch einen Anreiz bieten. Andere europäische Länder sind da viel radikaler. Die haben sehr lukrative Abkommen geschlossen, erst kürzlich Italien mit Albanien. Ich weiß aus persönlichen Verhältnissen, dass sich beide Seiten freuen. Man muss einfach schauen, in welcher Konstellation man da vorgehen kann.

Zum Schluss möchte ich, weil wir auch über die qualifizierte Zuwanderung gesprochen haben, sagen: Wenn das Thema „qualifizierte Zuwanderung“ hier im Hause so wichtig und für einige Leute von großer Bedeutung ist, dann frage ich mich, wieso wir keine höheren Zuwendungen haben. Die Zuwendungen sind ohnehin lächerlich, aber wie wäre es, wenn man die Zentralstelle für Fachkräfteeinwanderung einfach mal ein bisschen besser ausstatten? Dann könnte man auch guten Willen zeigen und sagen: Vielleicht bringt die qualifizierte Zuwanderung uns weiter.

(Thorsten Klute [SPD]: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Aber auch da ist bislang kein Handeln zu sehen.

(Benjamin Rauer [GRÜNE]: Das gibt es doch!)

– Natürlich, aber es ist nicht ausreichend. Es ist schlichtweg nicht ausreichend.

(Dietmar Panske [CDU]: Aber das ist ja etwas anderes!)

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Frau Seli-Zacharias hat gerade das Wort. Herr Staatssekretär Bahr wird bestimmt gleich etwas dazu sagen.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Herr Panske, dass Sie sich an der Stelle aufregen, weil Sie sagen, Sie hätten doch etwas getan, ist okay. Aber es ist schlichtweg nicht genug.

Vergleichen Sie doch bitte mal die Zuwendungsraten in Bezug auf andere Teilbereiche. Bei allem Respekt: Dann werden alle erkennen können, dass das einfach nicht im Verhältnis steht. Dann sieht man, dass diese Landesregierung eben andere Schwerpunkte setzt. Das ist schlichtweg so.

Nichtsdestotrotz möchte ich noch auf einen Punkt eingehen. Wir haben zum Glück auch noch nach dieser Haushaltsdebatte Gelegenheit, ein bisschen tiefer einzusteigen. Herr Staatssekretär, ich hätte noch eine konkrete Rückfrage vor dem Hintergrund der Ereignisse, die sich jetzt leider Gottes hier auf deutschem Boden ereignet haben. Was wir da alles ertragen mussten: vom Kalifat bis hin zu unerträglichen Beschimpfungen von Juden.

Wir haben diese Meldestellen. Sie wissen, ich persönlich bin kein Fan der Meldestellen. Wir haben als AfD immer gesagt, dass wir die Meldestelle Antisemitismus an der Stelle ausnehmen. Ich weiß natürlich nicht, ob Sie dazu heute eine Antwort geben können, aber haben Sie da einen rasanten Anstieg wahrgenommen? Können Sie uns, sofern das Ihnen und Ihrem Hause möglich ist, dazu eine kurze Rückmeldung geben?

Marc Lürbke (FDP): Es ist ja gar nicht so schlecht, wenn man als Letzter redet. Dann kann man sich erst mal anhören, wie die unterschiedlichen Positionen so sind.

Ich habe jetzt nicht so eine schöne Rede wie die Kollegin von den Grünen vorbereitet. Richtig ist aber, wenn ich es mal zusammenfasse: Die Herausforderungen sind wahnsinnig groß. Sie sind riesig im Bereich „Flucht und Integration“. Richtig ist aber auch: Viele dieser Hausaufgaben sind hier in Nordrhein-Westfalen zu bestreiten. Sie sind nicht in Berlin zu lösen, sondern sie müssen hier in Nordrhein-Westfalen gelöst und dann auch durch den Landeshaushalt finanziell untermauert werden.

Ja, Dietmar Panske, es ist vollkommen richtig: Wir haben häufig über die Situation in unseren Kommunen gesprochen. Sie sind am Limit, und ich bin weiterhin der Meinung, dass hier mehr passieren muss. Es wurde gesagt, es solle kein Verantwortungs-Pingpong geben, im Grunde war es aber wieder genau das.

Ob die Maßnahmen jetzt reichen? Ich finde es schon befremdlich, wenn die CDU das jetzt kritisiert. Man kann immer darüber streiten, ob mehr geht oder nicht, aber ich finde es befremdlich, wenn der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen vorher dem Maßnahmenpaket zustimmt und dann in einer Pressekonferenz sagt, es reiche alles nicht. Das ist ein durchschaubares Manöver.

(Thorsten Klute [SPD]: Es ist unseriös!)

– Ja, und solche Kritik am Rande hilft uns, glaube ich, allen nicht, um die großen Probleme wirklich anzupacken, sondern wir müssen jetzt gemeinsam schauen, dass wir es nach vorne bringen.

Richtig ist: Wenn die Herausforderungen so enorm steigen – ich denke, darüber sind wir uns einig –, dann muss sich das auch im Landeshaushalt widerspiegeln. Das ist unserer Meinung nach nicht ausreichend geschehen.

Man kann darüber streiten, ob es überall seriös aufgestellt ist. Wenn man genau in den Haushalt schaut: Im Integrationsbereich sind auch so ein paar Taschenspielertricks

dabei. Im Fluchtkapital fehlt mir auch die ausreichende Vorsorge für den erwartbaren weiteren Anstieg der Zahlen. Wir müssten eigentlich vor die Lage kommen.

Jetzt haben wir eine Ergänzungsvorlage – vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Einführung dazu –, und die zusätzlichen Stellen sind auch gut und richtig, aber das ändert nicht unseren Eindruck als FDP, dass Sie hier in Nordrhein-Westfalen der Lage ein Stück weit hinterherlaufen.

Warum ist das so? Bei den Landesunterkünften haben wir schon sehr häufig darüber gesprochen. Ich nehme jetzt nur mal Bezug auf unseren eigenen Antrag zur Stärkung der Zentralen Ausländerbehörden: Wenn wir ehrlich sind, könnten wir da schon viel weiter sein. Dass dort Handlungsbedarf besteht, haben wir im vergangenen Jahr schon für den Haushalt vorgebracht. Da ist es abgelehnt worden, und wir haben es jetzt wieder vorgebracht.

Es geht ja immer auch darum, welche Möglichkeiten wir aus der Opposition heraus haben. Man kann eine Landesregierung kontrollieren, man kann sie auch treiben. Man kann Ideen liefern. Wenn das jetzt so übernommen wird, hat sich die Landesregierung offenbar inhaltlich mit unserem Ansinnen und unserem Antrag beschäftigt.

Ich würde heute trotzdem gerne über unseren Antrag abstimmen lassen, einfach weil uns auch noch nichts Offizielles vorliegt. Ich habe auch die Rednerinnen und Redner von CDU und Grünen so verstanden, dass man das Anliegen jetzt erkannt hat – besser spät als nie –, sodass es da auch eine Zustimmung geben kann.

Insgesamt ist unser Eindruck, dass dieser Landeshaushalt leider deutlich macht, dass Nordrhein-Westfalen der Lage weiter hinterherläuft. Wir bräuchten hier mehr Anstrengungen. Angesichts der großen Herausforderungen wird das so leider nicht reichen.

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Das war die erste Runde. – Ich gebe jetzt erst einmal Herrn Staatssekretär Bahr das Wort zur Beantwortung der einzelnen Fragen, die aufgetaucht sind. Dann können wir in die zweite Runde gehen.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI): Um einer gewissen Legendenbildung entgegenzuwirken: Es ist vorhin behauptet worden, dass die Landesregierung nicht wisse, wer Geld bekomme, also in der Förderung stehe. Dies gelte insbesondere im Integrations- und Migrationsbereich. Das ist natürlich falsch, und ich kann an dieser Stelle sagen: Natürlich wissen wir zu jedem Zeitpunkt, wer Geld bekommt. Wir können Ihnen versichern, dass keine Vorfeldorganisation der Hamas oder ähnlicher Organisationen aus dem Landeshaushalt heraus gefördert wird.

Dann ist mit Blick auf die Meldestellen gefragt geworden – hier ist wahrscheinlich RIAS gemeint –, ob es eine Zunahme der Anzahl antisemitischer Meldungen gegeben habe. Ja, diese ist festzustellen, zumindest vom September auf den Oktober. Wir erwarten dazu einen Zwischenbericht. Er liegt uns noch nicht vor, wir können ihn aber, wenn gewünscht, gerne dem Ausschuss zur Verfügung stellen.

Ansonsten möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen: Ich finde es hochproblematisch, die Kritik am Antisemitismus für sich zu nutzen, um letztlich Antiislamismus zu predigen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Kapteinat, Ihre Fragen kann ich ganz konkret beantworten. Die 64 Stellen aus der Ergänzungsvorlage, zu denen ich gerade vorgetragen habe, werden im Einzelplan 03 etatisiert, weil die Bezirksregierungen über das Innenministerium geführt werden. Es sind für das nächste Jahr zunächst einmal für die 24 Stellen der ZFE – auch dazu ist behauptet worden, es würde nichts passieren; das Gegenteil ist der Fall – 617.000 Euro etatisiert. Für die 40 Stellen bei den Bezirksregierungen sind es 1,27 Millionen Euro.

Jetzt werden Sie sofort sagen: Das reicht doch gar nicht aus. – Da haben Sie natürlich völlig recht. Es werden erst einmal geringere Mittel etatisiert, weil wir davon ausgehen, dass wir im ersten Jahr nicht sofort alle Stellen besetzen können, sodass dann ein entsprechender Aufwuchs passiert. Wir werden sie aufgrund des Fachkräftemangels nicht alle sofort besetzen können.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Das ist dann aber ein sportliches Intro gewesen!)

Insofern wird es danach einen entsprechenden Aufwuchs geben. Das ist miteinander vereinbart.

Ich gebe Ihnen recht: Was die Schwerpunktsetzung in der allgemeinen Diskussion anbelangt, würde man sich des Öfteren wünschen, dass der Blick auch auf die Integration – die Arbeitsmarktintegration oder Ähnliches – gelenkt würde. Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen: Auch hier ist die Landesregierung durchaus tätig, und zwar sehr erfolgreich. Wir haben eine Bundesratsinitiative zur Arbeitsmarktintegration formuliert, die im Bundesrat behandelt wird. Auch diese geben wir gerne dem Ausschuss zur Kenntnis. Zumindest, was die Länderseite anbelangt, wurde sie sehr goutiert. Ich bin mir relativ sicher, dass wir so einen anderen Punkt setzen können, und zwar mit Erfolg.

Benjamin Rauer (GRÜNE): Ich möchte nur sagen, wie sehr ich die Demokratie mag. Wir streiten uns um den Weg nach vorne, und da gibt es immer auch andere Ideen, die einfließen.

Zu den Änderungsanträgen: Nun kann man sich die Frage stellen, warum wir einem Änderungsantrag der FDP zustimmen sollten, der sich schon erledigt hat, weil es bereits eine Änderung gibt, die eine höhere Summe vorgibt. Dann gibt es andere Ideen in Änderungsanträgen der SPD, in denen unterschiedliche Gedanken geäußert werden. Das ist auch vollkommen okay; das ist Demokratie. Dafür streiten wir miteinander freundschaftlich in Ausschüssen, im Plenum und sonst wo. Das ist vollkommen in Ordnung.

Und dann gibt es eine andere Wortmeldung, in der sehr viel Kritik geäußert wird und viele Forderungen gestellt werden, aber leider wurde kein Änderungsantrag gestellt. Das verwundert mich ein bisschen.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Zur Klarstellung: Wir haben unsere Änderungsanträge gebündelt im HFA gestellt. Ich denke, darüber ist auch Ihre Fraktion unterrichtet. Da

können Sie es gerne nachlesen. Insofern bitte ich darum, diesen Vorwurf zurückzuziehen. Es sind insgesamt 18 Änderungsanträge.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI): Ich habe vorhin vergessen, dass ich von Herrn Panske darum gebeten wurde, noch etwas zu den einzelnen Änderungsanträgen zu sagen.

Zu dem Antrag zur Erstattung der Kosten für die Zentralen Ausländerbehörden habe ich schon berichtet.

Bei den Basissprachkursen zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten sieht es so aus, dass im Haushaltsjahr 2023 einmalig 300.000 Euro zusätzlich bereitstanden, die auf einen Fraktionsantrag zurückzuführen waren. Schon im Fachausschuss wurde beim letzten Mal auf Nachfrage erklärt, dass die Verausgabungsquote des laufenden Haushaltsjahres keinen Anhaltspunkt dafür bietet, dass ein Ansatz von 900.000 Euro nicht auskömmlich wäre.

Da auch die Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine einen Anspruch auf eine Teilnahme an den Integrationskursen des Bundes haben, erscheint es angemessen, nunmehr wieder auf die ursprüngliche Höhe des Ansatzes zurückzuführen. Das ist zumindest die Erklärung, weshalb die Landesregierung den Haushaltsansatz mit 900.000 Euro gestaltet hat.

Zu dem Antrag zur sozialen Beratung von Flüchtlingen: Im Haushaltsplanentwurf 2024 werden die Mittel in Höhe von 35 Millionen Euro sicher ausreichen, um im Rahmen der geltenden Förderrichtlinien alle im Stellenplan vorgesehenen Stellen zu refinanzieren. Auch die Einrichtung von zusätzlichen Beratungsstellen in den Notunterkünften ist von dem vorhandenen Mitteleinsatz durchaus gedeckt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu Kapitel 07 080, Titel 686 40 *(s. Anlage, lfd. Nr. 1)* wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP zu Kapitel 07 090, Titel 633 10 *(s. Anlage, lfd. Nr. 2)* wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu Kapitel 07 090, Titel 684 41 *(s. Anlage, lfd. Nr. 3)* wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt den im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses befindlichen Kapiteln des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Beratungen zum Haushaltsgesetz 2024
Einzelplan 07
Sitzung des Integrationsausschusses
8. November 2023

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
1.	SPD	**Kapitel 07 080** **Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter** **Titel 686 40** **Ko-Finanzierungsmittel für die ESF-geförderten Basissprachkurse zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten** Erhöhung des Baransatzes **HH 2024** **Ansatz lt. HH 2023** von 900.000 Euro 1.200.000 Euro um 300.000 Euro auf 1.200.000 Euro **Begründung:** Im Vergleich zu 2022 ist die Zahl der Geflüchteten, die 2023 in Deutschland Zuflucht gesucht haben, deutlich gestiegen. Aufgrund der multiplen Krisen und Kriege auf der Welt, wird diese Zahl voraussichtlich auch 2024 weiter steigen. Diese Menschen benötigen Integrationsmaßnahmen und Sprachangebote. Da die bundesseitig geförderten Sprachangebote nicht allen Geflüchteten und neuzugewanderten Personen zugänglich sind, sind die ESF-geförderten Basissprachkurse in NRW notwendig und unverzichtbar. Statt die im letzten Jahr angehobenen Mittel zu kürzen, setzen wir auf eine dauerhafte Anhebung der Mittel für die Basissprachkurse und um das Werben von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, um allen Zugewanderten einen guten Start in NRW zu ermöglichen. Sprache ermöglicht Zugewanderten ein selbstständiges Leben sowie die Schnelle Teilhabe in der Gesellschaft und auf der Suche nach Arbeit und Ausbildung. Der erhöhte Baransatz bezieht sich auf die Fördersumme des Landes.	CDU SPD GRÜNE FDP AfD

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
2.	FDP	**Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge** **Titel 633 10 Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden** Erhöhung des Baransatzes **HH 2024** von 46.962.000 Euro um 3.000.000 Euro auf 49.962.000 Euro **Begründung:** Für eine verbindliche und geordnete Migrationspolitik sowie für die Akzeptanz von legaler Einwanderung in den Arbeitsmarkt und humanitärer Aufnahme von Schutzbedürftigen muss das Land die Rückführung von ausreisepflichtigen Personen und insbesondere von Straftätern und Gefährdern konsequent verfolgen und entsprechende Anstrengungen intensivieren. Die Ordnungsbehörden der Städte Bielefeld, Essen, Köln sowie der Kreise Coesfeld und Unna wurden vom Land als Zentrale Ausländerbehörden (ZAB) festgelegt. Diese unterstützen als fachlich und personell besonders qualifizierte Behörde kommunale Ausländerbehörden und koordinieren Rückführungen. Eine direkte ausländerrechtliche Zuständigkeit besteht für Personen in Landeseinrichtungen und deren Rückführung. Das Land erstattet den Städten und Kreisen, die im Auftrag des Landes eine ZAB betreiben, die für den Betrieb notwendigen Auslagen. Dies betrifft insbesondere die Personalkosten. Wenn Rückführungen intensiviert werden, ist auch ein höherer Aufwand für die Koordination und Organisation durch die ZAB zu erwarten. Bereits aktuell müssen	CDU SPD GRÜNE FDP AfD

		die ZAB aber nach Auskunft von Fachleuten aus der Verwaltung Aufträge ablehnen. Deshalb ist der von der Vorgängerregierung begonnene Ausbau der ZAB dringend fortzusetzen. Dafür müssen die Haushaltsmittel für die ZAB aufgestockt werden. Mit diesen Mitteln können die verantwortlichen Städte und Kreise die Personalstellen für die ZAB ausbauen und so deren Arbeit stärken. Mit einer besseren personellen und materiellen Ausstattung der ZAB könnte die Anzahl der Rückführungen spürbar gesteigert werden.	

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
3.	SPD	**Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge** **Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2024** **Ansatz lt. HH 2023** von 35.000.000 Euro 35.000.000 Euro um 10.000.000 Euro auf 45.000.000 Euro **Begründung:** Der Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen unterteilt sich in verschiedene Förderbereiche. Diese reichen von der Verfahrensberatung innerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes bis hin zu regionalen Beratungsstellen und psychosozialen Zentren außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes. Die Erhöhung der Mittel für diese Bereiche ist aufgrund der gestiegenen Zahlen Geflüchteter in 2023, die voraussichtlich auch in 2024 anhalten wird und der damit einhergehenden steigenden Beratungsnachfrage, unbedingt erforderlich. Zudem fordern wir die vom Ministerium angekündigte Dynamisierung der Mittel auch für diesen Titel, so dass Personalstellen angepasst und weiterfinanziert werden können. Die Träger der sozialen Beratung müssen darüber hinaus eine Finanzierungssicherheit von der Landesregierung erhalten, so dass die aktuelle Praxis einer fast sechsmonatigen Vorfinanzierung verhindert wird.	CDU SPD GRÜNE FDP AfD